

14.06

Abgeordneter Bernhard Themessl (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Kurz vorweg, ohne auf Personen eingehen zu wollen, was diese Regierungsumbildung eigentlich bedeutet hat. Für mich hat sie nichts anderes bedeutet, als für 14 Tage oder 3 Wochen davon abzulenken, welche Probleme sich in unserer Republik tagtäglich auftun und speziell in den letzten Wochen teilweise eklatant geworden sind.

Vielleicht kann man das dem Herrn Bundeskanzler ausrichten, weil er ja im Moment nicht da ist, aber er hat ja einen persönlichen Staatssekretär. Ich habe das schon öfter gesagt: Bei aller Lobhudelei des Bundeskanzlers sollte er endlich wenigstens einmal damit aufhören, so zu tun, als ob wir in Österreich die Besten in Europa wären.

Offensichtlich verwechselt der Herr Bundeskanzler immer noch die EU mit Europa, denn ich kann ihm zwei Staaten nennen, die wesentlich besser dastehen was die Arbeitslosenrate und die Verschuldung des Landes anbelangt, das sind die Schweiz und Norwegen. Alle, die einmal die Schule besucht haben, wissen, dass die auch in Europa sind, aber nicht in der EU. Er soll also endlich einmal mit dieser Lobhudelei aufhören, dass wir die Besten in Europa sind, wenn das hinten und vorne nicht stimmt. Ansonsten müsste er sich den Vorwurf gefallen lassen, permanent die Unwahrheit gesagt zu haben, um das Wort Lüge zu vermeiden. *(Abg. Kopf: Ganze zwei Staaten liegen also vor Österreich!)*

Nunmehr komme ich auf die bestehenden Probleme zu sprechen. Es gibt auch Ministerien, die nicht von einem Wechsel betroffen waren, und das gilt zum Beispiel für das Ministerium, für das ich mich besonders interessiere, nämlich das Wirtschaftsministerium. Der Wirtschaftsminister ist leider auch nicht mehr da. Es geht aber auch den Arbeitsminister etwas an, der hier anwesend ist.

Ich habe schon vor Wochen immer wieder gesagt, dass ich es falsch finde, dass man das Wirtschafts- und das Arbeitsministerium getrennt hat, weil das zwei Themen sind, die unmittelbar zusammengehören. *(Abg. Riepl: Das ist schon richtig so!)*

Da hat sich nämlich sehr viel aufgetan. Zudem bekommt der Herr Wirtschaftsminister noch den Bereich Familie dazu, weil ihm seine Staatssekretärin abhanden gekommen ist und durch einen Integrationsstaatssekretär oder wie auch immer ersetzt wurde oder durch den Staatssekretär im Außenministerium. Er muss das jetzt also auch noch mitbehandeln und hat bis dato schon seine ureigensten Themenbereiche im Bereich Wirtschaft nicht im Griff gehabt.

Jetzt führe ich einmal die Probleme der letzten Wochen an, die eklatant geworden sind. Wir haben eine stark erhöhte Inflationsrate. Zurückzuführen ist sie hauptsächlich auf den Preisanstieg im gesamten Energiebereich und vor allem beim Benzin. Wir wissen, dass der Benzinpreis in der Zwischenzeit auf einem Niveau angelangt ist, das für viele Bürger nicht mehr tragbar ist, vor allem für die Pendler nicht, die tagtäglich auf das Auto angewiesen sind. Der Wirtschaftsminister sagt dazu nur, dass das der freie Wettbewerb ist, den es jedoch in Österreich offensichtlich nicht gibt. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Der Wirtschaftsminister sagt dann auch noch, dass sich das von selber regeln wird, weil der Preis dann wieder nach unten gehen wird. Erinnern Sie sich: 14 Tage vor Ostern ist der Rohölpreis am Weltmarkt gesunken. Was ist passiert? – Zu den Osterfeiertagen wurde der Preis angetrieben bis zum Gehnichtmehr. Dass der Wettbewerb nicht gegeben ist, zeigt allein die Tatsache, dass auf den österreichischen Autobahnen teilweise bis zu 1,70 € für den Liter Benzin bezahlt werden muss. Ein Wettbewerb ist da einfach nicht vorhanden, und der Bundeswirtschaftsminister ist offensichtlich nicht in der Lage, von einer Verordnung Gebrauch zu machen, um da endlich einmal einzugreifen.

Dasselbe gilt für den Energiesektor. Wir wissen, dass die E-Control seit Jahren sagt, dass es Wettbewerb in Österreich in dem Bereich nicht gibt. Wir haben überbezahlte Strompreise. In der Zwischenzeit geht auch der Gaspreis hinauf. Das alles belastet die österreichischen Haushalte, aber es geht uns ja so gut. Eine Million Österreicher sind armutsgefährdet, aber es geht uns allen prächtig und da, wo man eingreifen müsste, geschieht nichts.

Dazu kommt noch die Arbeitsmarktöffnung ab 1. Mai. Mein Kollege Martin Strutz hat das ja teilweise schon angesprochen. Die Problematik dessen wird immer wieder ganz bewusst heruntergespielt, und das verstehe ich nicht. Herr Arbeitsminister! Sie haben wirklich das Glück, wie die ganze Bundesregierung, dass Sie offensichtlich immer auf die falschen Experten hören. Sie haben eine Unzahl von Experten beschäftigt, die von der Bundesregierung bezahlt werden, und offensichtlich werden nur die Experten gehört, die Ihnen nach dem Mund reden, und das ist grundsätzlich falsch. Sie wissen, dass die Arbeitsmarktöffnung massive Probleme für den österreichischen Arbeitsmarkt bringt.

Jetzt komme ich auf die neue Finanzministerin Fekter zu sprechen. Wissen Sie, Frau Finanzministerin, dass, wenn das Lohnniveau in Österreich sinkt, und das ist anzunehmen durch diese Arbeitsmarktöffnung, dann auch die Kaufkraft und die

Inlandsnachfrage nicht mehr stimmen. Dann werden Sie sich auch als Finanzministerin schwer tun mit Ihrer Aussage: Große Reformen sind momentan nicht nötig; Sie gehen Schritt für Schritt vor, weil die Wirtschaftsdaten stimmen. Dass sich Wirtschaft, Weltwirtschaft zumal, von der Österreich nicht ausgenommen ist, schlagartig ändern kann, das haben die Jahre 2008 und 2009 bewiesen.

Ich würde mir also von einer neuen Bundesregierung erwarten, dass sie besser arbeitet als die bisherige und nicht laufend durch interne Scharmützel, oder wie immer man das auch nennen will, von den wirklichen Problemen dieses Land ablenkt. (*Beifall bei der FPÖ.*)

14.11